

## Der Außenminister, der in Ungnade fiel

### Georg Dertinger – Aufstieg und Fall eines christlich-konservativen Politikers in der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR

Heike Amos

Georg Ernst Rudolf Dertinger – der erste Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR – scheint heute weitgehend vergessen. In seinem Schicksal aber spiegeln sich die Auf- und Umbrüche der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

#### *Erste Lebenshälfte – Eine unauffällige Journalistenexistenz*

Am 25. Dezember 1902 wurde Dertinger in einer katholischen Kaufmannsfamilie in Berlin geboren. Er wuchs in Berlin auf. Mitten im Ersten Weltkrieg wußte der 13jährige bereits, was er werden wollte: Infanterieoffizier. 1915 verließ er das Elternhaus und bezog zunächst eine Kadettenanstalt im schleswig-holsteinischen Plön, von 1916 an dann die Königlich-Preußische Kadettenanstalt in Groß-Lichterfelde, einer brandenburgischen Ortschaft, die erst 1920 ein Teil Berlins wurde. Heute befindet sich auf diesem weitläufigen Gelände, welches von 1933 bis 1945 von der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“ und von 1945 bis 1991 von der U. S. Army genutzt wurde, die Berliner Außenstelle des Bundesarchivs und die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Als im November 1918 Krieg und Krone verloren waren, wurde der preußische Fahnenjunker ziviler Schüler eines Realgymnasiums in Berlin-Lichterfelde. 1922 bestand Dertinger das Abitur und begann an der Berliner Universität, Jura und Volkswirtschaft zu studieren. Seine finanzielle Lage zwang ihn, eine Nebentätigkeit aufzunehmen. Er wurde bei der angesehenen *Magdeburgischen Zeitung* Redaktionssekretär und avancierte 1924 zum politischen Redakteur. Dertinger brach das Studium ab, und mit dem Einstieg in den Journalismus begann sein politisches Engagement. Den Schwerpunkt seiner journalistischen Arbeit legte er auf das Gebiet der Außenpolitik.

1925 wechselte Georg Dertinger zur deutsch-nationalen Zeitschrift „Der Stahlhelm“ des gleichnamigen Bundes der Frontsoldaten in Magdeburg, dessen Ehrenpräsident der Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg war. 1928 kehrte er als Berliner Korrespondent der *Hamburger Nachrichten*, der *Schlesischen Zeitung* und der *Allgemeinen Zeitung Chemnitz* (DNVP-Zeitungen) in die Hauptstadt zurück. Er wohnte in Berlin-Schöneberg gleich hinter dem Kleistpark, und im Telefonbuch bezeichnete er sich, was damals nur in der Rechtspresse üblich war, als sogenannter Schriftleiter. Aber politisch rechts stand der junge Dertinger auch. Er bewegte sich zu dieser Zeit im rechtsbürgerlichen deutsch-nationalen Spektrum. Eine Mitgliedschaft in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) wurde vermutet,<sup>1</sup> als gläubiger Katholik stand er zeitweise auch Kreisen der Deutschen Zentrumspartei nahe. Er verkehrte im „Herrenklub“ des Zentrumpolitikers und späteren Reichskanzlers Franz von Papen und pflegte Kontakte

---

<sup>1</sup> Vgl. Im Namen des Volkes! BStU AU 449/54, Beiakte, Bl. 42–44; Reißmüller, Johann Georg: Am späten Abend kam die Stasi. Über Georg Dertinger, den ersten Außenminister der DDR. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.1.1991.

zum rechtskonservativen „Tatkreis“<sup>2</sup> des Publizisten Hans Zehrer.

Dertingers Wesen wurde als christlich, elitär und kritisch charakterisiert. Ihn prägte ein nationales, aber auch soziales Bewußtsein. Er galt als objektiver Berichterstatter und pflegte gute Kontakte zum Auswärtigen Amt. Mit Besorgnis beobachtete er das Erstarren des Nationalsozialismus. Nach Hitlers Machtantritt 1933 begleitete er als Vertreter der deutschen Presse Franz von Papen, der sich im Juni 1932 vom Zentrum gelöst hatte und bis Anfang August 1934 als Vizekanzler einer „Regierung der nationalen Konzentration“ amtierte, zu den Verhandlungen über das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl nach Rom.

Für eine NS-Karriere war der kirchlich und konservativ gesinnte Journalist nicht geschaffen. Georg Dertinger fand von 1934 bis 1945 seine berufliche Nische bei der Pressekorrespondenz *Dienst aus Deutschland*, zunächst als Redakteur und ab 1939 als Herausgeber. Dem *Dienst* oblag die grenzüberschreitende Verbreitung von Nachrichten aus dem Reich. Um ihm einen Anschein von Objektivität zu verleihen, wurde er nicht von Josef Goebbels' Propagandaministerium geleitet, sondern vom „Auslandspressebüro“ herausgegeben, das dem eher unbedeutenden „Reichspressechef“ Otto Dietrich unterstand.

Der parteilose Dertinger zählte bis Kriegsende zu den unauffälligen Stützen des Regimes. Eigene Artikel veröffentlichte er im Dritten Reich nicht mehr. Daß er die NS-Herrschaft innerlich ablehnte, belegte sein Umgang mit Männern, die zum katholischen Widerstand zählten wie Jakob Kaiser, Heinrich Krone, Otto Lenz, Ernst Lemmer und dem 1944 hingerichteten Josef Wirmer.<sup>3</sup> Lemmer erinnerte sich in seinen Memoiren, daß er Dertinger in jenen Jahren zu den politisch-integren Journalisten zählte, daß dieser zu einem Kreis gehörte, in dem man „mit unbedingter Offenheit miteinander diskutierte und von denen keiner Nationalsozialist war“<sup>4</sup>.

Georg Dertinger war in zweiter Ehe verheiratet mit Maria, einer geborenen von Neuenstein – einer österreichischen Adligen –, die als erste Frau in Dresden Architektur studiert hatte. Die Dertingers hatten drei Kinder, zwei Söhne, Rudolf (\*1937) und Christian (\*1944), und eine Tochter, Oktavie (\*1939). Die Familie lebte, mit Unterbrechung zwischen Ende 1943 und 1948, in einem Haus in Kleinmachnow, einer Kleinstadt vor den Toren Berlins.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Der „Herrenklub“ existierte von 1924 bis 1944. Ihm gehörten an führende Vertreter der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, der höheren Beamtenschaft, des Offizierskorps, der Wissenschaft und extrem konservative Publizisten. Sie orientierten sich am preußisch-obrigkeitsstaatlichen Ideal, lehnten die Verfassung Weimars ab, standen für einen autoritären, hierarchisch gegliederten nationalen Staat.

„Tatkreis“: Eine an die nationalistische Intelligenz gewandte Redaktionsgemeinschaft (1909–1937), die ein völlig überspanntes Elitebewußtsein kultivierte, das parlamentarische Weimarer System ablehnte und bei formaler Distanzierung zum Nationalsozialismus diesen ab 1932 in weiten Kreisen des deutschen Bürgertums salonfähig machte.

<sup>3</sup> Vgl. Jäckel, Hartmut: Georg Dertinger und die Seinen. Wie die DDR ihren ersten Außenminister und dessen Familie in den fünfziger Jahren vernichten wollte: In: *Die Zeit*, Nr. 9/2003; Martenstein, Harald: Als hätte er nie gelebt. In: *Der Tagesspiegel* vom 1.4.2003, S. 3. Die Biographien der genannten bei Baus, Ralf Thomas: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948*. Düsseldorf 2001, S. 509–525.

<sup>4</sup> Lemmer, Ernst: *Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten*. Frankfurt a. M. 1968, S. 314.

<sup>5</sup> Vgl. Dertinger, Christian: *Wo mag denn nur mein Christian sein?* In: *Wenn der Morgen einen neuen Tag verspricht*. Hrsg. von Gottfried Hänisch. Weimar 2002, S. 189–199.

*Steiler Aufstieg als CDU-Politiker in der SBZ*

Als der Krieg 1945 zu Ende war, zählte Dertinger in Deutschland zu den wenigeren, die sich von den NS-Herrschern nicht hatten vereinnahmen lassen. Er besaß Bildung und politische Erfahrungen. Der 43jährige strebte nach zwölf Jahren Nischendasein auf die politische Bühne. Er wollte agieren, nicht mehr nur zuschauen.<sup>6</sup> Im Juni 1945 trat Dertinger der neu gegründeten Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Berlin bei und wurde zunächst Leiter ihrer Presseabteilung. Von Anfang an ging das Gerücht in der Partei um, daß Dertinger über besonders gute, aber undurchsichtige Kontakte zur Spitze der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Berlin-Karlshorst verfügte. Ein Mann wie Georg Dertinger – konservativ, national, bürgerlich, ohne „NS-Flecken“ und mit guten Beziehungen bzw. Kenntnissen bürgerlicher Politikerkreise – schien den Sowjets für ihre noch offenen deutschlandpolitischen Pläne interessant.<sup>7</sup>

Freunde und Zeitzeugen beschrieben Dertinger zu dieser Zeit als einen Mann, „der sich in unterschiedlichen Kreisen zu bewegen verstand. Sein Monokel wußte er ebenso gut zur konservativ-elitären Selbstdarstellung einzusetzen, wie auf den ‚Uralfesten‘ der Sowjets mit derben Späßen für Stimmung zu sorgen. Er war ehrgeizig und konnte Bevormundung [...] nicht leiden. Feste politische Überzeugungen hatte er außer der Reichseinheit kaum, war im Grunde ein Spielertyp. Nach [seinen] ... Angaben war er in der Jugend durch zwei Schlüsselerlebnisse nachhaltig beeinflußt worden: den Rausch der nationalen Begeisterung im August 1914 und den traumatischen Zusammenbruch Deutschlands sowie das Versagen der alten Ordnung im November 1918, die er als junger Kadett miterlebte. Was blieb, war ein weltanschaulich-politisches Vakuum, das Dertinger nicht schließen konnte, außer mit einer Idealisierung der klassenlosen Kameradschaft des Schützengrabens und diffusen Elitevorstellungen. [...] Weder zur Weimarer Republik noch zur Demokratie überhaupt konnte er je ein gesundes Verhältnis finden.“<sup>8</sup>

Seit Januar 1946 fungierte Dertinger als Generalsekretär der CDU und gehörte damit zum geschäftsführenden Vorstand der Partei. Er behielt diese Stellung bis Oktober 1949, dann wurde er bis 1952 stellvertretender Parteivorsitzender. Verdienste erwarb er sich nach 1945 beim organisatorischen Aufbau der Partei in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). 1946 unterstand Dertinger das Hauptreferat „Staats- und Verwaltungspolitik“ bei der „Reichsgeschäftsstelle“ der CDU, unter anderem wirkte er dort im „Verfassungsausschuß Berlin und der sowjetischen Besatzungszone“<sup>9</sup> mit. Im Laufe des Jahres 1946 erarbeiteten und diskutierten die Mitglieder des Ausschusses Thesen für eine neue „deutsche Reichsverfassung“. Der zukünftige deutsche Staat sollte auf der Gliederung in Ländern basieren. Als Reichsorgane benannte man den Reichstag und den Ländertag, die Reichsregierung und einen durch den Ländertag zu wählenden Reichspräsidenten. Gewaltenteilung, ein Staatsgerichtshof und

---

<sup>6</sup> Vgl. Lemmer: *Manches war doch anders*, S. 315.

<sup>7</sup> Vgl. Conze, Werner/Kaiser, Jakob: *Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*. Stuttgart 1969, S. 262 f.; Wilde, Manfred: *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*. München 1998, S. 74.

<sup>8</sup> Zeitzeugeninterview Ilse-Ruth Bubner, zitiert bei: Wilde: *Die SBZ-CDU*, S. 66 f.

<sup>9</sup> Zum CDU-Verfassungsausschuß gehörten die juristische Experten Dr. Helmut Brandt und Professor Dr. Hans Peters (als Vorsitzende des Ausschusses) sowie von der Parteiführung: Jakob Kaiser, Otto Lenz, Eberhard Plewe, Heinrich Vockel, Georg Dertinger, Walter Strauß, Friedrich Haas, als Gast Erich Pollack. Vgl. Braas, Gerhard: *Die Entstehung der Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47*. Köln 1987, S. 69 f.

die Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie ein umfassender Grundrechtskatalog zählte für die CDU zu den wesentlichen Punkten einer neuen Verfassung. Auch Georg Dertinger stand für diese verfassungsrechtlichen Grundaussagen.<sup>10</sup>

Eineinhalb Jahre später, vom März 1948 bis Oktober 1949 saß Georg Dertinger für seine Partei im Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates in Ost-Berlin. Er gehörte mit zu den Schöpfern einer noch für Gesamtdeutschland gedachten Verfassung, die dann im Oktober 1949 als erste Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft trat. Im Verfassungsausschuß des Volksrates fiel Dertinger nicht als Verfechter der CDU-Verfassungsprinzipien auf, sondern als ein Anhänger der Sowjetverfassung Stalinscher Prägung von 1936. Auf der achten Sitzung des Verfassungsausschusses am 6. Juli 1948 gab der CDU-Mann das herausfordernde Bekenntnis ab: „Damals hat Stalin deutlich zum Ausdruck gebracht, daß eine Verfassung kein Programm ist, sondern daß sie im Gegenteil von dem sprechen soll, was gegenwärtig ist, daß die Verfassung das Gegenwärtige und nicht das Künftige zum Ausdruck zu bringen hat. [...] Ich selber möchte mich der Auffassung Stalins anschließen. Es ist meines Erachtens die Aufgabe unserer Verfassung, nach dreijährigem Interim einen ruhigen Status zu schaffen und die Entwicklung auf ein solides Fundament zu stellen.“<sup>11</sup>



**Georg Dertinger mit seiner Frau 1950,  
Quelle: SAPMO/BArch.**

Mit dieser Äußerung brachte Dertinger selbst die SED-Mitglieder des Verfassungsausschusses in Verlegenheit. Otto Grotewohl, der Vorsitzende des Ausschusses und zugleich mit Wilhelm Pieck SED-Vorsitzender, mußte ihm entgegen, daß Stalin 1936 die Verfassung auf einen soliden Entwicklungsstand seines Landes begründen konnte, aber in der SBZ gerade erst begonnen wurde, sozialpolitische Veränderungen einzuleiten, und man gedanke, in der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ fortzufahren.<sup>12</sup> Im März 1949 stimmte Georg Dertinger – wie alle Abgeordneten des Deutschen Volksrates, egal welche Partei bzw. Organisation sie repräsentierten –, dem Verfassungsentwurf für eine Deutsche Demokratische Republik zu. Sie

verabschiedeten damit eine Verfassung, die auf Prinzipien wie Gewalteneinheit und absolute Volkssouveränität, auf ei-

nem Zweikammersystem mit sehr beschränkter Kompetenz der Länderkammer, auf Wirtschaftsplanung, auf Ablehnung von Verwaltungsgerichtsbarkeit<sup>13</sup> und Berufsbe-

<sup>10</sup> Vgl. Thesen zur Verfassungsorganisation in der Sowjetischen Besatzungszone, 18. September 1946, in: Bundesarchiv Koblenz, N 1018/34.

<sup>11</sup> Es scheint so, als wollte Dertinger seine SED-Kollegen im Verfassungsausschuß noch „links überholen“. Georg Dertinger, Sitzung des Verfassungsausschusses, in: Bundesarchiv Berlin, DA 1/153/Bl. 55 f.

<sup>12</sup> Vgl. ebd., Bl. 58.

<sup>13</sup> Das Parlament (Volkskammer) wählte einen Verfassungsausschuß mit Gutachterfunktion.

amentum und auf der Funktion eines Staatspräsidenten mit nur repräsentativen Verpflichtungen beruhte.<sup>14</sup>

Georg Dertinger spielte eine negative Rolle bei der durch die sowjetischen Besatzer initiierten Verdrängung und Ausschaltung der CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer Ende 1947. Er hatte maßgeblichen Anteil daran, die Ost-CDU auf einen prosovietischen Kurs einzuschwören und sie dem Führungsanspruch der SED unterzuordnen. Möglicherweise schien Dertinger überzeugt zu sein, daß die Machtpräsenz der Sowjetunion in Mitteleuropa die Grundlage aller Nachkriegspolitik sein würde und man sich mit ihr arrangieren müsse. Immer wieder betonte er die gesamtdeutsche Bedeutung der CDU, die der SED so nicht zukäme. Den deutschen Staat und die deutsche Einheit wollte er unbedingt erhalten sehen, vielleicht zum Preis des Verzichts auf Demokratie, Bürgerlichkeit und Freiheit, und setzte dabei auf Moskau.<sup>15</sup>

### *Höhepunkt der Karriere – Erster Außenminister der DDR*

Die Entscheidung für Dertinger als Außenminister der DDR muß kurzfristig gefallen sein. In der Absprache über die Besetzung der Ministerposten der ersten DDR-Regierung zwischen SED-Spitze und Moskauer Parteiführung im September 1949 war für diese Funktion noch Lothar Bolz (ein Alt-Kommunist, nun aber Mitglied der National-Demokratischen Partei Deutschlands) vorgesehen.<sup>16</sup> Er war der Wunschkandidat der SED-Führung.<sup>17</sup> Dertinger wurde von den Sowjets für das Außenministerium favorisiert. Sie wollten Dertinger und das Ministerium für die Öffentlichkeit als eine Art Paralleleinrichtung zum Ministerium für gesamtdeutsche Fragen der Bundesrepublik verstanden wissen.<sup>18</sup>

Im Mittelpunkt der dreieinhalbjährigen Amtszeit des ersten DDR-Außenministers stand die Regelung der Beziehungen zu Polen. Dertinger verteidigte wiederholt öffentlich die prosovietische Stellung zur Oder-Neiße-Linie als unwiderruflich festgelegte deutsche Ostgrenze. Er war überzeugt, daß Deutschland wegen der Verbrechen in Polen während des Krieges Buße tun mußte. Im Gegensatz zur West-CDU sprach sich Dertinger dafür aus, die ehemaligen deutschen Ostgebiete aufzugeben. Er führte die Verhandlungen mit der polnischen Seite bis zum Vertragsabschluß über die Markierung der deutsch-polnischen Grenze im Januar 1951. Ungebrochen aber rechnete er Anfang der fünfziger Jahre auf die baldige deutsche Wiedervereinigung. Sein politisches Ziel bestand in einem neutralen, friedlichen Deutschland bürgerlicher Prägung.<sup>19</sup>

---

<sup>14</sup> Vgl. Howe, Markus/Polak, Karl: *Parteijurist unter Ulbricht*. Frankfurt a. M. 2002, S. 79–103; Baus: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, S. 436–439.

<sup>15</sup> Vgl. Conze/Kaiser: *Politiker zwischen Ost und West*, S. 189 f., S. 201–210; Lemmer: *Manches war doch anders*, S. 314.

<sup>16</sup> Vgl. *Vorschläge des Politbüros zur Bildung einer Provisorischen Regierung*. In: Wilhelm Pieck – *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953*: Berlin 1994, S. 304, 309.

<sup>17</sup> In den Anfangsjahren vermuteten westdeutsche Publizisten gute Beziehungen zwischen Dertinger, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, während die Beziehung Dertingers zu Walter Ulbricht als sehr gespannt galt. Vgl. Richert, Ernst: *Der Fall Dertinger und die DDR-Außenpolitik*. In: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*, 1953, S. 187 ff.

<sup>18</sup> Vgl. *Unterlagen, die auf einen engeren Kontakt Dertingers mit Semjonow schließen lassen*. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA MfAA) A 14852; Richter, Michael: *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*. Düsseldorf 1990, S. 367.

<sup>19</sup> Vgl. Martenstein: *Als hätte er nie gelebt*, S. 3; Conze/Kaiser: *Politiker zwischen Ost und West*, S. 189 f., 201–210.

Georg Dertinger war ein machtorientierter Politiker, der aber seine Stellung und seine Rolle im politischen System der DDR und bei den sowjetischen Besatzern überschätzte. Das Interesse an seiner Person nahm seit 1951/52 rapide ab. Zu oft hatte Dertinger sich in den Augen der SED mit unpassenden Bemerkungen oder Vorstößen in der Öffentlichkeit hervorgetan oder war sogar mit eigenen unabgesprochenen Konzepten bei den Sowjets vorstellig geworden.<sup>20</sup> Große Schwierigkeiten bekam Dertinger, als im Frühjahr 1951 Unterlagen seines Ministeriums in Westdeutschland auftauchten. Sie waren für die SED Anlaß, Dertingers Stellung als Minister zu unterminieren und ihn unter ständiger Beobachtung<sup>21</sup> zu halten. Mit dem Vorwurf, die „Wachsamkeit gegenüber den Mitarbeitern im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten“ vernachlässigt zu haben, entzog Ministerpräsident Grotewohl dem Außenminister jede selbständige Geschäftsführung. Hin und wieder verbreitete die West-Presse das Gerücht, Dertinger trage sich mit Fluchtabsichten nach Westdeutschland. Vermutlich hatte er diese aber nicht.<sup>22</sup>

*Der Absturz: Dertingers Verhaftung, seine Verstrickungen und „Geständnisse“*

Wie intensiv hatte der DDR-Außenminister Gesprächsfäden in die Bundesrepublik geknüpft? Waren sie immer im Auftrag, mit Wissen und Billigung seiner kommunistischen Auftraggeber getätigt worden? Ist den Auftraggebern irgendwann der Überblick über die deutsch-deutschen Kontakte verlorengegangen, oder ließ das Interesse an den Gesprächsverbindungen nach, weil die politischen Rahmenbedingungen (1949–1952) sich geändert hatten, und wollte man den immer wieder insistierenden Beauftragten „loswerden“?<sup>23</sup>

Warnungen an Dertinger, die deutsch-deutschen „Kontaktplänkeleien“ und das Lavieren zwischen den Geheimdiensten nicht zu übertreiben und sich seiner unantastbar scheinenden Stellung als Außenminister nicht zu sicher zu sein, hatte es gegeben, in der westlichen Presse, im Ministerium in Ost-Berlin und sicher auch in persönlicher, mündlicher Art.<sup>24</sup> Aber Dertinger übersah alle Warnungen. Seine Verhaftung am 15. Januar 1953 geschah dann doch überraschend. Denn noch zwei Wochen zuvor war er wegen „seiner aktiven Mitarbeit bei den Verhandlungen um die Oder-Neiße-Grenze“ mit dem polnischen Orden „Polonia Restituta“ ausgezeichnet und sein 50. Geburtstag öffentlich gefeiert worden. Worin letztlich der Anlaß zur Verhaftung

<sup>20</sup> Dertinger hatte im Anschluß an die Antwort der Westmächte (25. März 1952) auf die sowjetische Deutschland-Note (10. März 1952) ein eigenes Konzept zur Wiedervereinigung vorgelegt. Der sowjetische Botschafter Puschkin wies das Konzept ohne weitere Prüfung ab. Dertinger soll nach diesem Vorfall nachdenklich geworden sein und geäußert haben: Wenn Moskau keine wirkliche Verständigung zwischen Ost und West herbeiführen wolle, dann wäre seine, Dertingers, gesamte bisherige politische Perspektive falsch gewesen, und er wäre nicht der richtige Mann für den Posten des Außenministers. Vgl. Richter: Die Ost-CDU, S. 355 f.; Ein Mann auf Abwegen. Georg Dertinger, der Außenminister der Sowjetzone. In: Rheinischer Merkur vom 30.3.1951, S. 6.

<sup>21</sup> Vgl. Überwachungsprotokolle, 17. Juni 1950, 29. Mai 1951, 27. April 1951; 8. Februar 1953. BStU AOP 33/54/Bl. 6-7, 73; vgl. auch PA AA MfAA A 18995/Bl. 5 f., 54.

<sup>22</sup> Vgl. Richter: Die Ost-CDU, S. 344 f.; Heinrich Krone in seinem Tagebuch, 3. April 1952: Dertinger habe den Amerikanern gegenüber seine Fluchtabsichten angedeutet; vgl. Krone, Heinrich: Tagebücher. Erster Band: 1945–1961. Düsseldorf 1995, S. 104 f.

<sup>23</sup> Vgl. Richter: Die Ost-CDU, S. 356 ff.; Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Düsseldorf 1989, S. 306 f. (Eintrag vom 30. April 1952).

<sup>24</sup> Vgl. Auf Pankows Abschußliste. Die neuen Sündenböcke: Ackermann, Eisler und Dertinger. In: Telegraf vom 14.12.1952, S. 1; Warnbriefe, Februar 1953. PA AA MfAA A 18995/Bl. 5 f.; Richter: Die Ost-CDU, S. 356 f.

bestand, ist ungeklärt. Sie war aber eine seit längerer Zeit geplante Aktion. Vom 8. Januar 1953, eine Woche vor Dertingers Verhaftung, datierte ein „Maßnahmeplan“ im Ministerium für Staatssicherheit (MfS), der auf einen (bisher nicht bekannten) Bericht über den Minister vom 13. Dezember 1952 Bezug nahm. Die MfS-Mitarbeiter vermuteten aufgrund zuverlässiger Informationen, daß Dertinger mit einer baldigen Ablösung seiner Person als Außenminister rechne. Daraus zog die Staatssicherheit den Schluß, der Außenminister stehe kurz vor seiner Flucht nach West-Berlin bzw. nach Westdeutschland. Die MfS-Mitarbeiter begannen auftragsgemäß, Wohngebäude in Kleinmachnow und Berlin-Pankow zu fotografieren und zu skizzieren bzw. intensiver Nachbarschaft und Besucher der Familie Dertinger zu observieren. Die geplante Verhaftungsaktion lief damit an.<sup>25</sup>

Die Ost-CDU, Dertingers Partei, „freunde“ – auch Otto Nuschke<sup>26</sup> – sowie seine Kollegen im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) stellten sich noch im Januar 1953, ohne Zurückhaltung zu üben und ohne eine Prüfung der erhobenen Vorwürfe abzuwarten, auf die SED-offiziellen Verlautbarungen vom „widerlichen Doppeltzüngler und verbrecherischen Agenten Dertinger“ ein. Sie begrüßten die „Unschädlichmachung Dertingers und seiner Kumpane“. Diese hätten verstanden, unter der „Maske der Fortschrittlichkeit eine Spionagetätigkeit im Auftrag amerikanischer Imperialisten“ im Ministerium durchzuführen.<sup>27</sup> Eine „Säuberungs- und Verhaftungswelle“ unter CDU-Mitgliedern und im Außenministerium der DDR verunsicherte in den Wochen vor und nach der Inhaftierung Georg Dertingers viele seiner Kollegen und Partei, „freunde“ und erklärt zum Teil deren „unbarmherzige“ Haltung.<sup>28</sup>

In monatelangen, über Stunden dauernden Verhören und vermutlich unter schlimmster physischer und psychischer Folter<sup>29</sup> gab Dertinger zu, „in der Absicht, der demokratischen Entwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone entgegenzuwirken und die Politik der westlichen Besatzungsmächte gegen Deutschland zu unterstützen, Verbindung zum imperialistischen Geheimdienst“ aufgenommen zu haben. Diesem habe er, so die Stasi-Protokolle, jahrelang umfangreiche Spionageinformationen geliefert und um sich eine feindliche Gruppe organisiert, um durch „Sabotage- und Zersetzungstätigkeit die ökonomische und politische Macht“ der DDR zu schwächen. Seine Absicht sei es gewesen, „die DDR und ihre Errungenschaften zu liquidieren und ein bürgerlich-kapitalistisches Deutschland herzustellen“.<sup>30</sup>

Auf welche Aussagen Dertingers hatten es die Geheimdienstoffiziere – zeitweilig muß

---

<sup>25</sup> Vgl. Maßnahmeplan. BStU AP 63880/92/Bl. 162 f.

<sup>26</sup> Nuschke äußerte in CDU-Parteikreisen: „Dertinger hat ein Schweineleben [Frauengeschichten, finanzielle Eskapaden] geführt, aber das ist auch das einzige, was man ihm vorwerfen kann. Mit der Spionage ist nicht viel zu machen, aber anscheinend stand er kurz vor der Flucht nach Westberlin, als er verhaftet wurde“ (Bericht über Otto Nuschke, 13. September 1955. BStU AOP 1194/57, Bd. 2, Bl. 44 f.); Rücksprachen mit Götting, 21. und 29. Januar 1953. Ebd., MfS AP 11730/92/Bl. 14–22.

<sup>27</sup> Dertinger wurde bereits am 20. Januar 1953 aus der CDU ausgeschlossen und aller politischer Ämter enthoben. Vgl. Resolutionen, Januar 1953. PA AA MfAA LS A 214, 216; Reißmüller: Am späten Abend kam die Stasi.

<sup>28</sup> Vgl. Richter: Die Ost-CDU, S. 364–367; Franke, Jochen: Der Fall Dertinger und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation. In: Deutschland-Archiv 1992, S. 286–291.

<sup>29</sup> Vgl. Schilderung der mitverhafteten Referentin des Außenministers Ilse-Ruth Bubner, in: Richter: Die Ost-CDU, S. 368.

<sup>30</sup> Vgl. Gnadenbericht vom 20. Mai 1964. BStU SdM 1447, Bl. 38 f.; Vernehmungsprotokoll, 12. Oktober 1953. Ebd., AU 449/54, Bd. 16, Bl. 85.

Staatssekretär Erich Mielke persönlich die Vernehmung geführt haben<sup>31</sup> – besonders abgesehen? Dertingers „Spionagetätigkeit für die Westmächte“ auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet soll angeblich darin bestanden haben, Spionagematerial auf wirtschaftlichem Gebiet über die Durchführung, Art und Umfang der Bodenreform und über die Enteignung der „Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“, über die Versorgungslage der Bevölkerung in der SBZ/DDR und die dabei aufgetretenen Störungen und Schwierigkeiten sowie regelmäßig über die Demontearbeiten geliefert zu haben. Die politischen Spionageinformationen hätten Mitteilungen über den Aufbau der Parteien und Massenorganisationen, den Verwaltungsaufbau in der SBZ/DDR sowie Stimmungsberichte der ostdeutschen Bevölkerung umfaßt. Inhalte der militärischen Spionageinformationen waren nach Dertingers Aussagen die Struktur des Systems der sowjetischen Kommandanturen auf Orts-, Kreis- und Länderebene, Veränderungen bei der Anzahl und Ausstattung von Stützpunkten, Flugplätzen, Truppenübungsplätzen, Kasernen der sowjetischen Truppen sowie Meldungen über besondere Zwischenfälle, die sich mit Angehörigen der sowjetischen Besatzungsmacht ereignet hatten.

Alle Informationen wollte Dertinger in mündlicher und schriftlicher Form bis Januar/Februar 1948 direkt an amerikanische Offiziere weitergegeben haben.<sup>32</sup> Danach hätte er das Material bis zu seiner Festnahme an Otto Lenz (1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt)<sup>33</sup> zunächst direkt, später über den Mittelsmann Eberhard Plewe<sup>34</sup> geliefert.

Plewe war Dertingers Mittelsmann zu westlichen Stellen. Seine Wohnung in West-Berlin diente unter anderem als Treffpunkt zwischen Dertinger und Ernst Lemmer.<sup>35</sup> Mit Otto Lenz benannte Dertinger in seinen Verhören eine für das MfS und vielleicht wirklich die zentrale Kontaktperson nach Westdeutschland. Dertinger und Lenz kannten sich seit 1926 und waren persönlich befreundet. Beide hatten sich nach 1945 am Aufbau der CDU in Berlin intensiv beteiligt. Lenz war 1949 als Rechtsanwalt nach München gegangen und wurde Anfang 1951 in Bonn Staatssekretär beim Bundeskanzler Konrad Adenauer.<sup>36</sup>

Lenz und Dertinger verband, so der verhaftete Außenminister bei den Verhören, das gemeinsame Ziel, „die Amerikaner zu veranlassen, sich beschleunigt um die Regelung der Deutschlandfrage auf der Grundlage der Einbeziehung Ostdeutschlands in ein bürgerlich-kapitalistisches Gesamtdeutschland“ einzusetzen.<sup>37</sup> Von 1948 bis April 1950

---

<sup>31</sup> Der „Maßnahmeplan zur Weiterführung der Untersuchungsarbeit im Vorgang Dertinger“ vom 27. Februar 1953 läßt nicht eindeutig erkennen, ob Erich Mielke nur die Planung vornahm oder die Verhöre selbst führte; vgl. den Plan BStU AU 449/54, Bd. 8, Bl. 83.

<sup>32</sup> Die Zusammenkünfte hätten in der Parteigeschäftsstelle in Berlin-Charlottenburg, Schlüterstraße, und ab 1948 in Berlin-Mitte, Jägerstraße, durchschnittlich drei Mal monatlich stattgefunden; vgl. Vernehmungsprotokoll, 12. Oktober 1953. Ebd., Bd. 16, Bl. 74-94.

<sup>33</sup> O. Lenz (1903–1957), Rechtsanwalt, vor 1933 Zentrum, 1945 Mitglied des CDU-PV in Berlin, 1949/50 Rechtsanwalt in München, bis 1957 MdB; vgl. Richter: Die Ost-CDU, S. 415.

<sup>34</sup> Dr. E. Plewe (1905–1986), Jurist, Mitbegründer der CDU in Berlin, juristischer Berater des CDU-PV, Dezember 1952 verhaftet, im Prozeß mit Dertinger zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1961 entlassen, anschließend in West-Berlin Amtsgerichtsrat; vgl. ebd., S. 416.

<sup>35</sup> Vgl. ebd., S. 356 f., 365 f.; Notiz von O. Lenz, 14. Oktober 1951, in seinem Tagebuch: „Bei dieser Gelegenheit berichtete [Lemmer], daß er bei Plewe in Berlin unseren alten Freund Dertinger getroffen habe. Dieser habe ihm vorgestellt, daß Rußland unter keinen Umständen eine Wiederaufrüstung zulassen werde.“ Im Zentrum der Macht, S. 150.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. XI–XVII.

<sup>37</sup> Vernehmungsprotokoll, 15. Oktober 1953. BStU AU 449/54, Bd. 16, Bl. 96.

habe man sich regelmäßig zum Austausch von Informationen zwei Mal monatlich in der Wohnung von Lenz (Berlin-Dahlem) oder in Dertingers Wohnung (Berlin-Charlottenburg) getroffen. Nachdem Dertinger im Gefolge der Berlin-Blockade wieder nach Kleinmachnow bei Berlin gezogen war, trafen sich beide nur noch in West-Berlin. Mit der Übersiedlung von Otto Lenz nach München bzw. nach Bonn (1949) hätte Eberhard Plewe die Verbindung zwischen beiden gehalten.<sup>38</sup>

Die letzte persönliche Begegnung zwischen Dertinger und Lenz soll im April 1950 in West-Berlin stattgefunden haben. Beide sollen seit 1945 den Plan verfolgt haben, alles zu unternehmen, was der „Wiederherstellung eines bürgerlich-kapitalistischen Gesamtdeutschlands“ dienen würde. Bis April 1950 habe der Plan zur Verwirklichung ihres Zieles bereits konkrete Formen angenommen. Lenz habe Dertinger von seinen amerikanischen Gesprächspartnern berichtet, daß die USA die Westintegration der Bundesrepublik im Laufe des Jahres 1951 zustande bringen und bis Ende 1952 die Aufstellung von zirka 100 Divisionen einer westdeutschen Armee erreichen wollten. Zum Zeitpunkt der abgeschlossenen Aufrüstung in der Bundesrepublik würden die USA ultimativ mit der Sowjetunion über die Frage der deutschen Einheit und den Abschluß eines Friedensvertrages verhandeln wollen. Beide, Lenz und Dertinger, hätten sich in ihren Gesprächen gegenseitig versichert, auf ihre jeweilige Besatzungsmacht einzuwirken, um jede militärische Konfrontation zu vermeiden.<sup>39</sup>

#### *Der „Umsturz-Plan“ – Fiktion oder Realität?*

Der konkrete „Umsturz“ – in der Sprache der DDR-Staatssicherheit: „die geplante feindliche Aktion zur Beseitigung der Macht der Arbeiter und Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik“ – wurde von Dertinger und Lenz für den Zeitpunkt vorgeesehen, „wenn [...] zwischen Amerika und der Sowjetunion über einen Friedensvertrag [also Viermächte-Verhandlungen über Deutschland] und zwischen Ost- und Westdeutschland in einem gesamtdeutschen Gespräch über die deutsche Einheit“<sup>40</sup> verhandelt würde. Anfang der fünfziger Jahre gab es immer wieder Spekulationen über den Termin einer neuen Konferenz der Vier Mächte über Deutschland. Tatsächlich fand sie dann erst vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 als Konferenz der Außenminister der Vier Mächte über Deutschland in Berlin statt. Sie war die erste dieser Art seit mehr als fünf Jahren.

Der „Agent Dertinger“ beschrieb seinen „Umsturzplan“, im Protokoll-Deutsch der Staatssicherheit festgehalten, so: „Meine politische Konzeption zielte auf eine Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik [...] Ich war der Meinung, daß die Mehrheit des deutschen Volkes eine solche Lösung will. Deshalb lehnte ich die Absicht, die Wiederherstellung der deutschen Einheit abhängig zu machen von einer Garantie auf Erhaltung der demokratischen Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik oder gar deren Ausdehnung auf ganz Deutschland ab. Da ich mir im

---

<sup>38</sup> Vgl. Vernehmungsprotokolle, 15., 23. Oktober 1953. Ebd., Bl. 95–102, 120–128.

<sup>39</sup> Wörtlich im Bericht Dertingers vom 6. November 1953: „Ich machte Lenz darauf aufmerksam, daß ich bei meiner Ernennung zum Minister dem Ministerpräsidenten Grotewohl sowie dem Botschafter Semjonow darauf hingewiesen hatte, daß ich ein Anhänger der Politik der Neutralisation Deutschlands sei und bliebe. Trotzdem hatte man keine Bedenken, mich zum Minister zu ernennen. Lenz erklärte, daß auch er auf dem Boden der Neutralisation stehe und deshalb es abgelehnt habe, in die Regierung Adenauer einzutreten. Er werde mit Josef Müller zusammen gegen die Adenauerische Kriegspolitik arbeiten und seinen Einfluß bei den Amerikanern im Sinne einer schnelleren Verständigung mit der UdSSR einsetzen“ (Ebd., Bl. 206).

<sup>40</sup> Ebd., Bl. 207.

klaren war, daß die Sowjetunion und die Regierung der DDR bei Friedensverhandlungen oder bei gesamtdeutschen Verhandlungen solche Bedingungen stellen und damit die Verhandlungen zum Scheitern bringen würden, war ich entschlossen, in diesem Augenblick mit der CDU aus dem demokratischen Block und der Regierung auszutreten und zusammen mit dem Westen zu handeln.

Als Zeitpunkt für eine solche Aktion zur Liquidation der Regierung der DDR nahm ich die erwähnten Verhandlungen der vier Alliierten über einen Friedensvertrag in Deutschland und der Deutschen untereinander über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Aussicht. Ich tat das deshalb, weil in einem solchen Augenblick jede Aktion der CDU gegen die Regierung der DDR sofort die Unterstützung seitens Westdeutschlands und der westlichen Alliierten finden würde, und andererseits die Regierung der DDR und die sowjetische Besatzungsmacht sich dem Vorwurf der undemokratischen Gewalt aussetzen würden, wenn sie gegen das Handeln der CDU und der ihrem Ruf folgenden Bevölkerung mit Gewalt vorgehen würden. Wenn es auch unmöglich war, schon alle Einzelheiten für den Ablauf der Aktion festzulegen, weil das von zahlreichen Umständen abhängt, so sah meine Konzeption in großen Umrissen folgendermaßen den Ablauf der Dinge vor:

Bei den gesamtdeutschen Verhandlungen stellt die Regierung der DDR die Bedingung auf Garantie der demokratischen Errungenschaften und ihre Ausdehnung auf ganz Deutschland. Westdeutschland lehnt diese Forderung ab und erklärt, darüber habe die Nationalversammlung zu entscheiden. Die Regierung der DDR bricht daraufhin die Verhandlungen ab. Auf Grund dieses Beschlusses tritt die CDU unter meiner Führung aus dem Block und der Regierung der DDR aus. Sie bestreitet der Regierung der DDR die demokratische Legitimation für ihre Haltung und fordert die bedingungslose Durchführung von Wahlen für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung auf der Grundlage des bürgerlichen Wahlrechtes der alten Weimarer Republik. Dieser Forderung schließen sich die bürgerlichen Kreise der DDR sowie die alten Sozialdemokraten an. Die Bonner Regierung und die westlichen Alliierten machen sich diese Forderung zu eigen. Die westlichen Alliierten schlagen der Sowjetunion vor, gemäß dieser Forderung die Wahlen zur gesamtdeutschen Nationalversammlung durchzuführen. Währenddessen sollte die Grenze des Kreises Heiligenstadt [Thüringen] mit seiner CDU-Mehrheit geöffnet werden, damit von hier aus Menschen aus Westdeutschland in die DDR eindringen können, um die Demonstrationen für die CDU-Forderungen zum Sturz der Regierung zu unterstützen. Ich rechnete damit, daß angesichts der dann schwebenden Verhandlungen der vier Alliierten und im Hinblick auf den Wunsch, einen Friedensvertrag zustande zu bringen, diese Grenzverletzungen zu keinem bewaffneten Zusammenstoß führen würde. Ich war mir jedoch des Risikos einer solchen Aktion bewußt. Im übrigen war die Durchführung abhängig von der Zustimmung der westlichen Alliierten. Das zu erwirken, sollte Aufgabe von Lenz sein.

Im Falle einer Einigung im Sinne der CDU-Forderungen würde die Regierung der DDR, nun ohne Beteiligung der CDU, noch regieren bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch die Nationalversammlung. Sollte jedoch die Sowjetunion dieses ablehnen, so wären alle weiteren Maßnahmen abhängig von den Beschlüssen der westlichen Alliierten. Da ich 1950 bei der Ausarbeitung meiner Konzeption davon ausging, daß 1952 der neue amerikanische Präsident Senator Taft<sup>41</sup> sein würde, der jedes militärische Eingreifen Amerikas in Europa ablehnte, rechnete ich nicht mit einem

---

<sup>41</sup> Robert A. Taft (1889–1953), Republikaner, US-Senat 1938–1953, erfolgloser Präsidentschaftskandidat 1944, 1948, 1952. Bis 1953 war Harry S. Truman und dann Dwight David Eisenhower Präsident der USA; vgl. Biographical Directory of the United States Congress.

militärischen Risiko. Die Verantwortung für das Scheitern des Friedens und der Einheit wäre dann der DDR und dem sozialistischen Lager zugeschoben worden, gegebenenfalls auch die Verantwortung für einen darauf entstehenden Krieg.

Bezüglich der demokratischen Errungenschaften der DDR in einem bürgerlichen Gesamtdeutschland wollte ich mit der Ost-CDU dafür eintreten, daß die Bodenreform erhalten bleibt, den früheren Eigentümern eine Entschädigung gezahlt wird. Die volkseigenen Betriebe sollten den Eigentümern zurückgegeben werden. [...] Als Regierung für Gesamtdeutschland erstrebte ich eine Koalition aus dem linken Flügel der West-CDU, gesamter Ost-CDU, Zentrum und SPD. Für eine solche Koalition erwartete ich eine starke Mehrheit in der Nationalversammlung.<sup>42</sup>

War dieser „Plan“ real oder nur ein Hirngespinnst Dertingers bzw. willkommener und erdachter Grund für die DDR-Staatssicherheit, gegen ihn vorzugehen?<sup>43</sup> Sollten DDR-Außenminister Dertinger (Ost-Berlin) und Staatssekretär Lenz (Bonn) tatsächlich solchen Plänen nachgegangen haben, muß das als ein politisches Vabanquespiel – hart am Rande eines „heißen Krieges“ – angesehen werden. Vermutlich hätten sich die westlichen Alliierten und Westdeutschland auf eine so gefährliche Sache nicht eingelassen, und daß die Sowjetunion sich nicht gegen ihre politischen Absichten zwingen lassen würde, hatten die Ereignisse um den 17. Juni 1953 demonstriert.

Der DDR-Geheimdienst nahm Dertingers Aussage ernst. Eine Aktennotiz von Mitte Dezember 1953, fünf Wochen vor Beginn der Berliner Außenministerkonferenz, unterstrich, daß sowohl Funktionäre der CDU, die Dertinger als Mitwisser seines Planes benannt hatte, „operativ bearbeitet“, das heißt zumindest observiert wurden als auch der benannte Landkreis Heiligenstadt/Thüringen einer „nochmaligen [sic] Überprüfung“ standzuhalten hatte.<sup>44</sup> Des weiteren waren zwei „Geheime Mitarbeiter“ der Staatssicherheit, die Mitglieder der FDP in West-Berlin waren und in Kontakt zum Ostbüro der FDP standen, angewiesen worden, „über feindliche Störaktionen, die anlässlich der Vierer-Konferenz gestartet werden sollen“, sofort zu informieren.<sup>45</sup>

In den ersten Monaten seiner Haft hatte Georg Dertinger noch die Illusion, sich in einem öffentlichen Prozeß verteidigen und seine „gesamtdeutschen Motive“ darlegen zu können. Wiederholt soll er zu einem Mitgefangenen, der Spitzeldienste leistete, geäußert haben, daß er die „Linie seiner Politik, nämlich ein bürgerliches Gesamtdeutschland im Auge gehabt zu haben“, in seinem Prozeß vertreten werde. Dieses würde in Westdeutschland bzw. in der DDR „einen guten Eindruck hinterlassen“ und ihm „einen guten Abgang verschaffen“.<sup>46</sup>

Der Prozeß gegen Dertinger und fünf weitere Angeklagte fand als geheimer Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Juni 1954 statt. Die selbstentlarvenden Beweg-

---

<sup>42</sup> Vernehmungsprotokoll, 17. November 1953. BStU AU 449/54, Bd. 16, Bl. 214–217 und leicht variiert im Bericht vom 14. Dezember 1953. BStU AP 63880/92, Bl. 329 f.

<sup>43</sup> Teile dieses „Dertinger-Lenz-Planes“ kursierten durch die Aussagen des ehemaligen Mitarbeiters von Dertinger, Gerold Rummler, der bereits Mitte 1952 in die Bundesrepublik floh, seit den fünfziger Jahren in der Literatur; vgl. Richter: Die Ost-CDU, S. 356 ff.

<sup>44</sup> Notiz Mitte Dezember 1953: „Die durch den Agenten Dertinger in den Vernehmungen genannten Funktionäre der CDU, welche von demselben zur Agententätigkeit bereits angeworben wurden und noch im Gebiet der DDR wohnhaft sind, werden bereits durch die einzelnen Bezirksverwaltungen operativ bearbeitet. Die Bezirksverwaltung Erfurt wird beauftragt, in Vorbereitung der Vierer-Konferenz im Kreis Heiligenstadt nochmalige Überprüfungen vorzunehmen und Maßnahmen einzuleiten, damit eine solche Störaktion, wie sie laut Aussagen Dertingers durchgeführt werden sollte, verhindert wird“ (BStU AP 63880/92, Bl. 331).

<sup>45</sup> Vgl. ebd.

<sup>46</sup> Maßnahmeplan, 27. Februar 1953. BStU AU 449/54, Bd. 8, Bl. 79, 81.

gründe der Staatssicherheit gegen eine öffentliche Prozeßführung wurden im Januar 1954 in vier Punkten zusammengefaßt: Zum einen könnten durch Dertinger belastete CDU-Parteikollegen „auf Grund der politischen Situation“ weder vernommen noch im Prozeß zu einer Aussage gezwungen werden, da dies letztlich die „Liquidierung der CDU-Spitze“ nach sich ziehen würde. Zum zweiten könne der Komplex der „internationalen Verschwörung“ bei der Gerichtsverhandlung wegen politischer Rücksichtnahme auf die Verbindung zu den volksdemokratischen Ländern nicht erörtert werden. Drittens spräche das bisherige Verhalten Dertingers dafür, daß er jede Gelegenheit zu provokatorischen Ausfällen nutzen würde. In Punkt vier formulierte der Stasi-Offizier dann den eigentlichen Grund für eine nichtöffentliche Verhandlung: „Da die Untermauerung der Aussagen Dertingers nur teilweise geschehen konnte, ist keine sichere Garantie vorhanden, daß ein öffentlicher Prozeß den uns versprochenen Erfolg bringt.“<sup>47</sup> Die mangelnde und ungenügende Beweisführung für die Spionage- und Hochverratsvorwürfe waren das Hauptargument für das Abhalten eines Geheimprozesses.

Georg Dertinger wurde zusammen mit anderen CDU-Funktionären und Mitarbeitern aus seinem Ministerium in einem gemeinsamen Prozeß beschuldigt, angeklagt und verurteilt. Ihnen wurde vorgeworfen, als „gefährliche Staatsverbrecher unter Ausnutzung ihrer hohen Staats- und Parteifunktionen die Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik“ zur Disposition gestellt und „im Auftrag von amerikanischen und westdeutschen Geheimdiensten systematische, umfangreiche militärische, politische und wirtschaftliche Spionage“ betrieben zu haben. Außenminister Dertinger wurde am 4. Juni 1954 zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, der juristische Berater des CDU-Parteivorstandes Eberhard Plewe zu dreizehn Jahren Zuchthaus, der ehemalige Staatssekretär im Justizministerium Helmut Brandt, der eigentlich ohne Bezug zum Fall Dertinger stand, zu zehn Jahren Zuchthaus, die Pressereferentin im MfAA Ilse-Ruth Bubner zu elf Jahren Zuchthaus, der Verwaltungsdirektor der CDU-Hauptgeschäftsstelle Fritz Jentsch zu sieben Jahren Zuchthaus und die persönliche Sekretärin Dertingers im MfAA Käthe Zinsser zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>48</sup> Georg Dertinger verbüßte seine Strafe im Zuchthaus Bautzen.

### *Dertingers weitere Schicksal und die Abstrafung seiner Familie*

Mit Dertinger wurde seine gesamte Familie abgestraft. Seine Frau Maria mußte für acht Jahre, bis November 1960, ins Gefängnis. Sie verbüßte ihre Strafe in Brandenburg-Görden bzw. Halberstadt. Der älteste Sohn, damals 15jährig, kam für drei Jahre in Haft, die 13jährige Schwester für 19 Monate – ohne Prozeß und Urteil, dazu war sie noch zu jung. Nach der Haft gingen die Geschwister in die Bundesrepublik. Rudolf Dertinger wurde Redakteur bei einer Zeitung in Köln, Oktavie Dertinger heiratete einen US-Amerikaner und lebt heute als Anwältin in Galveston, Texas.

Der 1953 achtjährige Christian Dertinger wurde in eine Pflegefamilie gegeben und seiner Herkunft beraubt, indem man ihn glauben machte, er sei Kriegswaise und nicht Sohn von Georg und Maria Dertinger. Er wuchs dann in einer kommunistischen Arbeiterfamilie in Schönebeck auf. Ende 1960, mit der Haftentlassung seiner Mutter, kehrte er zu dieser zurück und erhielt – ein weiterer Bruch in seinem Leben – seine wahre

<sup>47</sup> Bericht gegen eine öffentliche Prozeßführung, 23. Januar 1954. Ebd., Bl. 251 f.

<sup>48</sup> Vgl. Anklage/Urteil Dertinger, Georg u.a. Ebd., Beiakte, Bl. 1–71; zur Biographie der anderen vgl. Verfolgt und entrechtet. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1998.

Identität wieder. Von diesen traumatischen Erlebnissen seiner Kindheit und Jugend konnte er sich nur schwer erholen. Christian Dertinger studierte in der DDR, wurde Diplomingenieur und Programmierer eines staatlichen Betriebes, lebt und arbeitet heute als freier Mitarbeiter für Versicherungen in Leipzig und betreut seine 98 Jahre alte Mutter.<sup>49</sup>

Während des Prozesses 1954 und auch danach wurde der ehemalige Außenminister Georg Dertinger nie nach den Auftraggebern für seine angebliche Spionagetätigkeit befragt. In den MfS-Berichten und in den Gerichtsunterlagen tauchten dazu keine Hinweise auf. Es scheint so, als ob Dertinger selbst keinen Versuch unternahm (oder die Versuche wurden grundsätzlich nicht protokolliert), auf mögliche (sowjetische?) Initiatoren hinzuweisen.<sup>50</sup> In einer einzigen Andeutung in einem Gespräch zwischen Gerald Götting<sup>51</sup> und Georg Dertinger im Mai 1966 (zwei Jahre nach Dertingers Begnadigung) wurden möglicherweise die wahren Auftraggeber benannt: „Weiter hätte Dertinger bestimmte Zweifel an der Berechtigung seiner Verurteilung zum Ausdruck gebracht und auf die Frage Herrn Göttings, ob er dem amerikanischen Geheimdienst zugearbeitet habe oder nicht, erklärt, daß er von ‚Berija-Leuten‘ hierzu veranlaßt worden sei.“<sup>52</sup> Beide seien dann auf diese Angelegenheit nicht weiter eingegangen. Mit dieser Aussage zu Dertingers Auftraggebern korreliert ein Eintrag von Otto Lenz in seinem Tagebuch vom 14. Juni 1953: „Semjonow ist ein Berija-Mann und hat Resonanz im Kreml. ... Vermutung, daß Dertinger in Moskau als Berater tätig ist. Semjonow hat die Maßnahme [der Verhaftung] selbst angeordnet.“<sup>53</sup>

Nach elf Jahren und fünf Monaten Haft wurde für Dertinger das Gnadenverfahren beim DDR-Staatsrat eingeleitet. Der Bericht des MfS-Ministers Mielke an den Sekretär des Staatsrates von April bzw. Mai 1964 beinhaltete den Vorschlag – Dertinger befand sich zu dieser Zeit bereits wegen gesundheitlicher Probleme nicht mehr in Bautzen, sondern im Bergarbeiter-Krankenhaus Stollberg –, nach Wiederherstellung seiner Gesundheit ihm Strafaufschub bzw. bedingte Strafaussetzung zu gewähren und dem Gnadenersuchen seiner Ehefrau zu entsprechen.<sup>54</sup> Im Mai 1964 wurde dem Ersuchen stattgegeben. Dertinger mußte im Bezirk Karl-Marx-Stadt, in der Kleinstadt Annaberg-Buchholz, Wohnsitz nehmen. Er übernahm für den katholischen St.-Benno-Verlag Leipzig Lektoratsarbeiten und war Mitarbeiter bei der „Caritas“ in Leipzig. Es war eine bescheidene und unauffällige Existenz.

Seit seiner Haftentlassung stand Georg Dertinger durch Inoffizielle Mitarbeiter im Wohngebiet und durch eine Beobachtungsgruppe des MfS unter ständiger Kontrolle und Beobachtung. Diese „operative Maßnahme“ lief unter dem Decknamen „Grauer“. Jeder seiner Schritte und Handlungen, seine Besuche und Besucher wurden regis-

---

<sup>49</sup> Vgl. Martenstein: Als hätte er nie gelebt, S. 3.; Dertinger: Wo mag denn nur mein Christian sein?, S. 189–199.

<sup>50</sup> Vielleicht hatte Dertinger auch keine Auftraggeber und war „nur“ ein bißchen „größenwahnsinnig“.

<sup>51</sup> Gerald Götting (geb. 1923), 1966–1989 CDU-Vorsitzender in der DDR.

<sup>52</sup> Bericht vom 5. Mai 1966. BStU MfS AP 63879/92, Bl. 263; vgl. zeitgenössische Vermutungen über die sowjetischen Auftraggeber für Dertingers West-Kontakte bei Richert: Der Fall Dertinger, S. 185–188.

<sup>53</sup> Im Zentrum der Macht, S. 647.

<sup>54</sup> Vgl. Mielke an den Staatsrat, 20. Mai 1964, Gnadenbericht. 20. Mai 1964. BStU SdM 1447, Bl. 37–39; Über den Strafgefangenen Dertinger, 2. April 1964. Ebd., MfS AP 63879/92, Bl. 101–103.

triert.<sup>55</sup> Für die Staatssicherheit bestand der Verdacht und die Furcht, Dertinger könnte eine Republikflucht organisieren.<sup>56</sup> Aber Georg Dertinger verließ die DDR nicht. Unter anhaltend strenger Observation lebte und arbeitete er in Leipzig. Am 18. Dezember 1967 wurde er wegen akuter gesundheitlicher Probleme in die Innere Abteilung des St.-Elisabeth-Krankenhauses Leipzig eingeliefert, am 29. Dezember wurde ein chirurgischer Eingriff vorgenommen. Nach einer kurzzeitigen Besserung seines Gesundheitszustandes starb Georg Dertinger am 21. Januar 1968 im Alter von 65 Jahren an Herz-Kreislauf-Versagen.<sup>57</sup>

Der erste DDR-Außenminister Georg Dertinger hatte mit Billigung seiner kommunistischen Auftraggeber zahlreiche Kontakte zu Politikern der Bundesrepublik und zu Vertretern der amerikanischen Besatzungsbehörden geknüpft. Jeder einzelne Kontakt reichte später aus – als die Pläne der Sowjetunion, 1952/53 die politische und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch Neutralisierung Gesamtdeutschlands zu ändern – gescheitert waren, ihn der Spionage und des Hochverrats zu beschuldigen und zu verurteilen.<sup>58</sup> Dertinger wurde und machte sich zum Opfer von politischen Auseinandersetzungen um Herrschaft und Einfluß in Europa auf einem der brisantesten Politikfelder jener Zeit – den deutsch-deutschen und damit auch den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen.

Georg Dertinger wurde 1991 rehabilitiert.

---

<sup>55</sup> So wurde zum Beispiel von der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt nach Berlin berichtet, daß Dertinger den Raum Annaberg nicht verlasse, zu Hause den Haushalt besorge und täglich die Kirche besuche, in seiner Wohnung keine Besuche empfangen, zahlreiche Briefkontakte unterhalte, die „leider nicht alle erfaßt werden konnten“, besonders in den Abend- und Nachtstunden intensiv schreibe, „der Charakter dieser Schreibarbeiten noch unbekannt“ sei oder das Anbringen von Abhöreinrichtungen durch die ständige Anwesenheit der Schwiegermutter im Haus bisher noch nicht möglich gewesen sei; vgl. Bericht an das MfS, HA XX, 21. September 1964. Ebd., Bl. 201–204.

<sup>56</sup> Vgl. Bericht an das MfS, Hauptabteilung XX vom 21. September 1964. Ebd., Bl. 203 f.

<sup>57</sup> Vgl. Todesursache Dertinger, Georg, 24. Januar 1968. Ebd., Bl. 682.

<sup>58</sup> Vgl. Richter: Die Ost-CDU, S. 367 f.